

INTERVIEW: ROLAND PREUSS
UND JAN BIELICKI

Vor zehn Jahren erregte der niederländische Soziologe Paul Scheffer Aufsehen mit seinem Buch „Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt“. Nun kommt das Werk in einer überarbeiteten Neuausgabe in den deutschen Buchhandel – aktueller denn je. Scheffer beschreibt, welche Konflikte Immigration nach sich zieht, auch jene, die mit der Kultur und Traditionen der Zugewanderten zu tun haben.

SZ: Herr Scheffer, was haben Sie gedacht, als Sie von den Übergriffen in Köln gehört haben?

Paul Scheffer: Diese Form der Aggression hat alle überrascht, mich eingeschlossen. Aber es erstaunt mich nicht, dass da kulturell bedingte Konflikte aufbrechen. Dies ist ein zentraler Aspekt von Zuwanderung, das können wir seit Jahrzehnten in Europa, aber auch in Amerika beobachten. Es ist offensichtlich, dass Zuwanderung Spannungen hervorbringt.

Erinnert Sie das an Ereignisse in den Niederlanden?

Es gab keinen Vorfall wie in Köln. Aber ich sehe in Deutschland heute Parallelen zu den Niederlanden vor 20 Jahren. Seitdem ist die politische Mitte in meinem Land erodiert. Das zeigt, wie wichtig es ist, nicht nur über diesen Vorfall zu sprechen, sondern über die Fragen, die dahinterstehen.

Welche?

Über die Kultur des Schweigens, über das Zögern, mit dem über kulturelle Differenzen, etwa patriarchale Traditionen, bei Zuwanderern diskutiert wird. Das kennt man auch in den Niederlanden oder Schweden. Politik und Polizei gehen hier mitunter eine unheilige Allianz ein. Die Gesellschaft sind umso friedlicher, je offener über die Probleme gesprochen wird. Dabei geht es um beide Seiten: Um die Mehrheit, die Minderheiten benachteiligt, und um Angehörige von Minderheiten, die sich wegen ihrer Vorurteile selbst isolieren. Wenn diese Konflikte ausgetragen werden, ist das kein Zeichen einer gescheiterten Integration,



Der niederländische Soziologe und Sozialdemokrat Paul Scheffer, 61, lehrt an den Universitäten Tilburg und Amsterdam. Die Neuausgabe seines Buches „Die Eingewanderten“ erscheint am heutigen Montag im Hanser-Verlag. FOTO: OH

sondern einer lebendigen Gesellschaft. Nur so kann Integration letztlich gelingen. Dort, wo die Debatte erstickt wird, wie in Deutschland und Schweden, sehen wir die meisten Angriffe gegen Asylbewerber.

Das hat doch auch mit der Stimmungsmache durch Extremisten zu tun.

Warum aber finden diese Gruppen Anhänger? Nehmen Sie ein Beispiel aus den Niederlanden, eine Gemeinde mit 10 000 Einwohnern. Die Regierung möchte dort ein Asylzentrum mit 1500 Menschen errichten. Die Einwohner sind aufgebracht. Die Bürger des Ortes aus der politischen Mitte wären bereit, 300 Leute aufzunehmen – aber nicht 1500. Damit überfordern sie die Mitte. Wir sehen dort eine Radikalisierung. Darüber sollten wir nachdenken.

Es gab kritische Stimmen, niemand hat gesagt, dies wird eine einfache Aufgabe. Ich komme seit 40 Jahren nach Deutschland, ein Teil meiner Familie stammt von hier. Aber ich habe noch nie eine derart erstickte Debatte beobachtet wie im vergangenen Sommer. Man öffnete die Grenzen und schloss die Augen. Ich hatte das Gefühl, man hat sechs Monate nur mit sich selbst gesprochen. Es war fast unmöglich, in liberalen Medien Bedenken zu äußern, Kanzlerin Angela Merkel zu kritisieren, Fragen zu stellen.

Da müssen Sie uns ein Beispiel nennen.

Nach einem Interview mit einer großen liberalen Wochenzeitung gab es Interventionen, die ich so noch nie erlebt habe. Fragen wurden nachgeschoben, die Merkel verteidigten, die Journalisten sollten sich mehr von meinen Aussagen distanzieren. Am Ende lehnte ich die Veröffentlichung ab, das erste Mal in 30 Jahren. Und das war nicht die einzige solche Erfahrung.

Welche Fragen halten Sie für die dringlichsten?

Wir sollten über die vielen Konflikte reden, die ausgetragen werden müssen, kulturelle, soziale, religiöse. Das wird bei der deutschen Willkommenskultur leicht vergessen. In Amsterdam etwa ist der Konflikt zwischen jüdischen Bürgern und Teilen der muslimischen Gemeinschaften auf der Straße zu spüren. Und wenn ich in Schulen in Amsterdam oder Antwerpen gehe, in gute Schulen, dann erzählen die Lehrer: Es ist schwierig geworden, in Biologie über Evolution zu reden, weil das viele Schüler ablehnen. Es ist schwierig geworden, in Geschichte über den Holocaust zu sprechen – er fand ja angeblich nicht statt. Es ist hart, in Literatur von Oscar Wilde zu erzählen, weil er ein Perverser war – und die Schüler

„Gleichbehandlung zu fordern, aber sie anderen zu verweigern, das geht nicht.“

nichts davon hören wollen. Und im Sexualkundeunterricht sitzen die Kinder und halten sich tatsächlich die Ohren zu. Wir können das nicht wegträumen mit einem „Wir schaffen das“. Wir müssen darüber reden, wie wir das schaffen wollen, ganz konkret.

Was heißt das am Beispiel Schule?

Wenn ich mit Schülern marokkanischer Herkunft zusammensitze, sagen diese: Wir sind sauer. Warum seid ihr sauer? – Wir werden benachteiligt, wir werden nicht gleich behandelt, sagen sie. Da stimme ich zu. Gleichbehandlung ist wichtig, Muslime dürfen nicht ausgegrenzt werden, sie müssen ihre Religion leben können. Das ist zentral, damit das Zusammenleben gelingt. Dieses Recht muss gegen all jene verteidigt werden, die denken, der Islam könne nie Teil unserer Demokratie sein – und das sind viele. Ich frage aber auch: Seid ihr dann auch bereit, Nicht-Gläubige gleich zu behandeln? Frauen und Männer? Homosexuelle und Heterosexuelle? Kann Demokratie Teil eures Glaubens sein? Man kann nicht Gleichbehandlung fordern und sie anderen Gruppen verweigern. Warum fällt es uns so schwer, über Vorurteile in Migrantengemeinschaften zu sprechen? So, wie wir dies auch bei der Mehrheit tun?

Schaffen wir das, so wie Merkel sagt?

Nicht auf diese Art. Nehmen Sie Schweden: Das einst so freizügige Land schließt seine Grenzen. Es ist an sein Limit gekommen, bei der Bildung, beim Arbeitsmarkt, bei Wohnungen. Deutschland wird es genauso gehen. Eine starke Gesellschaft kann mehr Menschen aufnehmen, aber es gibt Obergrenzen, wie viele Migranten ein Land integrieren kann. Eine offene Gesellschaft braucht Grenzen, um offen bleiben zu können in einem Umfeld voller Illiberalität.

Würden Sie die deutsche Grenze schließen?

Nein, ich würde drei Dinge tun: Die Lage der Flüchtlinge in Syriens Nachbarländern verbessern, was ja bereits versucht wird. Eine Obergrenze einführen, wie viele Flüchtlinge wir pro Jahr aufnehmen, ähnlich wie Österreich dies nun vorhat. Und diejenigen an den Grenzen zurückweisen, die nicht verfolgt sind. Eine EU ohne innere Grenzen funktioniert nur, wenn die äußeren Grenzen sicher sind. Das ist nicht mehr garantiert. Wir haben versäumt, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, ähnlich wie einst bei der Einführung des Euro.

Was soll man tun mit dem einen, oft zitierten Verfolgten, der gerade über dieser Quote liegt? Es gibt internationale rechtliche Pflichten, ihm zu helfen.

Deutschland hat den Eindruck vermittelt,

Grenzen zu, Augen auf

Bei uns lief es nicht gut, daraus könnte Deutschland lernen: Der niederländische Soziologe Paul Scheffer empfiehlt in der Flüchtlingsdebatte gesunden Realismus



Sieht so Integration aus? Vielleicht. Trotzdem müssen wir auch über Konflikte reden. Muslimische Besucher im niederländischen Keukenhof. FOTO: MARTIN ROEMERS/LAIF

es habe die Menschen eingeladen, deshalb kommen so viele. Diesen Eindruck kann die Regierung ändern, dann sinken auch die Zahlen. Merkel hat mit der Öffnung der Grenzen im September die Sicht der europäischen Nachbarn weitgehend ignoriert. Schauen Sie sich um: in Frankreich, Polen, Österreich oder in den Niederlanden, überall blicken die Menschen befremdet auf diesen Alleingang der Deutschen, auch wenn er humanitär motiviert sein mag.

Noch einmal: Was ist mit den internationalen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention?

Die Flüchtlingskonvention entstand in einer völlig anderen Situation, es ging damals um viel weniger Menschen. Und es gibt einige Beschränkungen darin. Sie verpflichtet nicht dazu, Menschen aufzunehmen, die zum Teil seit Jahren sicher in der Türkei leben. Sie gibt kein Recht für jeden, in Europa aufgenommen zu werden.

Grundsätzlich muss an der Grenze jedes Asylbegehren geprüft werden. Man müsste sonst die Flüchtlingskonvention ändern.

Das wird diskutiert, etwa bei den niederländischen Christdemokraten. Die Frage ist nicht, ob Grenzen gezogen werden, sondern von wem. Von Parteien der Mitte oder von Populisten. Derzeit verlagern wir diese moralische Frage nach außen. Wir machen uns die Hände nicht schmutzig und bitten den türkischen Präsidenten Erdoğan, einen autoritären Herrscher, die Flüchtlinge abzuhalten. Angeblich kann Deutschland seine Grenzen nicht mehr kontrollieren. Aber Erdoğan soll das nun leisten.

Was stimmt Sie so skeptisch bei der Zuwanderung nach Deutschland?

Man ignoriert viele Erfahrungen aus der Vergangenheit. Angela Merkel sagt: Multikulti ist gescheitert – und zugleich: Wir schaffen das. Wie soll das zusammengehen, bei einer Million Flüchtlingen allein im vergangenen Jahr, plus den Familien,

„Zu uns kommt nicht menschliches Kapital, sondern menschliches Leid.“

die nachkommen werden. Die Zuwanderung der vergangenen Jahrzehnte in die Bundesrepublik war ja nicht unbedingt eine Erfolgsgeschichte. Sogar die Integration eines Teils der zweiten und dritten Zuwanderergeneration ist problematisch. Woher nimmt Merkel ihren Optimismus, dass dies nun anders wird?

Was ist mit den guten Seiten? Viele Arbeitgeber sagen: Wir brauchen Arbeitskräfte. Experten erhoffen sich eine Verjüngung der alternden Bevölkerung.

Der Flüchtlingszustrom ist kein Gewinn für beide Seiten, sondern zunächst ein Verlust für alle: Die Zuwanderer verlieren ihre Heimat, fürchten um ihre Lebensart und Traditionen. Und die Einheimischen fürchten, dass sich ihre vertraute Umgebung, ihr Land verändern. Wir sollten nicht so tun, als würden sich die Flüchtlinge für Europa auszahlen. Es geht hier um Humanität, nicht den Arbeitsmarkt. Es kommt nicht menschliches Kapital, sondern menschliches Leid zu uns. Jetzt, da so viele hier leben, müssen wir natürlich alles unternehmen, um einen Erfolg daraus zu machen, gerade auf dem Arbeitsmarkt. Aber es würde mich erstaunen, wenn mehr als die Hälfte der Flüchtlinge in den kommenden fünf bis zehn Jahren einen Job findet.

Sie fürchten, wie Bundespräsident Joachim Gauck, um die Europäische Union?

Ja. Deutschland stand Jahrzehnte lang für Kompromisse in Europa, es achtete sehr auf die Interessen seiner Nachbarn und hatte eine sehr positive Rolle in der EU. Das war eine großartige Leistung. Nun aber gehen die Einschätzungen des Flüchtlingszustroms sehr auseinander, wir sehen einen deutschen Alleingang. Es wird keine europäische Lösung im Sinne Merkels geben. Deutschland trägt zu etwas bei, was es immer vermeiden wollte: zum Auseinanderfallen der EU.

Quelle:

Verlag: Süddeutsche Zeitung
Datum: Montag, den 01. Februar 2016

Stellungnahme von Dr. Rudolf Weiß:

In allen wesentlichen Punkten kann ich dem nicht zustimmen, da der holländische Soziologieprofessor einige wesentliche Aspekte übersieht oder falsch bewertet. Hier nur einige besonders wichtige:

1. Zu den Maghreb-Einwanderern-es sind keine Kriegsflüchtlinge!

Aus den neuesten Zahlen des BKA weiß man, dass von diesen meist jungen Männern überdurchschnittlich viele Straftaten begangen werden (45-50%). Die echten Asylanten aus den Kriegsgebieten unterscheiden sich hingegen überhaupt nicht bei den Straftaten von der deutschen Bevölkerung. In meinem "rationalen Diskurs" (15.1.16) habe ich diese Gruppe von Asylsuchenden als die wirkliche Problemgruppe bezeichnet und dazu Lösungsvorschläge gemacht, die jetzt auch (zwei Wochen später) von der Politik endlich ernsthaft verfolgt werden (bestimmt nicht wegen mir). Dazu gehört auch, dass man die Maghreb-Länder Marokko, Algerien und Tunesien (Ägypten??) als "sichere Herkunftsländer" benennen will. Vor 14 Tagen habe ich mich deshalb besonders über die GRÜNEN geärgert, weil diese (mit Ausnahme von MP Kretschmann) diese Forderung heftig ablehnten.

2. Die Unterbringung in Asylzentren (Vergleich mit Holland)

Zitat Paul Scheffer:

"Dort, wo die Debatte erstickt wird, wie in Deutschland und Schweden, sehen wir die meisten Angriffe gegen Asylbewerber.

Das hat doch auch mit der Stimmungsmache durch Extremisten zu tun.

Warum aber finden diese Gruppen Anhänger? Nehmen Sie ein Beispiel aus den Niederlanden, eine Gemeinde mit 10 000 Einwohnern. Die Regierung möchte dort ein Asylzentrum mit 1500 Menschen errichten. Die Einwohner sind aufgebracht. Die Bürger des Ortes aus der politischen Mitte wären bereit, 300 Leute aufzunehmen – aber nicht 1500. Damit überfordern sie diese Mitte. Wir sehen dort eine Radikalisierung. Darüber sollten wir nachdenken."

Kommentar Weiß: Bei der Registrierung und Erstaufnahme geht es nicht ohne Zentren. Davon haben wir in BW vier. Da gibt es Probleme wie jüngst in Ellwangen. Aber wenn er mit Asylzentren in den Niederlanden die Dauerunterbringung nach der Anerkennung als Asylanten meint ist das schwachsinnig, denn da sind Konflikte vorprogrammiert. Bei uns wird da anders organisiert, was ich allein für richtig halte, nämlich eine dezentrale Unterbringung in kleineren Wohneinheiten. Bitte dazu mein Beispiel Auenwald auf Seite 3 in meinem beiliegenden Papier lesen.

Zitat Scheffer:

"Merkel hat mit der Öffnung der Grenzen im September die Sicht der europäischen Nachbarn weitgehend ignoriert. Schauen Sie sich um: In Frankreich, Polen, Österreich oder in den Niederlanden, überall blicken die Menschen befremdet auf diesen Alleingang der Deutschen, auch wenn er humanitär motiviert sein mag."

Kommentar Weiß: Mir scheint da war Scheffer im Urlaub, denn sonst könnte er einen solchen Unsinn nicht schreiben. Fakt war doch im September, dass sich auf der "Balkanroute" die Flüchtlinge in Ungarn zu zigtausenden stauten und der rechtspopulistische Orban die Grenzen nach Serbien vollends dicht machte. Was sich da mit den Schlepperbanden abspielte war doch unerträglich und unmenschlich! Und als Merkel und unsere Regierung entschieden, wir lassen sie in geordneten Zügen mit der Bahn einreisen und auf die Bundesländer verteilen, war doch ein Gebot der Menschlichkeit und nicht ein Egotrip. Man wusste doch, dass vor allem von den östlichen EU-Ländern keine Zustimmung zu erwarten war, wenn Polen verlauten ließ, dass sie nur christlich/katholische Syrienflüchtlinge aufnehmen wollen (vielleicht 500), die Slowakei ähnlich und Ungarn sowieso vor Fremdenfeindlichkeit nur so strotzt. Wenn dieser Kryptofaschist Orban Merkel einen "moralischen Imperialismus" vorwirft, so war das der Gipfel an Scheinheiligkeit und Unverschämtheit.

3. Zu den verkraftbaren Flüchtlingszahlen.

Dazu habe ich für meine kleine Gemeinde Auenwald (7000 EW) ja eine genaue Rechnung aufgestellt, und daraus gefolgert, dass wir bei uns mit einem Anteil von 1,1% noch "Luft nach oben" haben. Scheffer sollte das mal für die gesamte EU berechnen was eine Million Flüchtlinge bei 500 Millionen Einwohnern der EU ausmacht, wenn man eine repräsentative Verteilung dieser Million Flüchtlinge auf die 28 EU-Staaten vornimmt: es sind genau 0,2% der Bevölkerung. Bei 2 Millionen wären es erst 0,4%. Davon würde bestimmt kein Land "überfremdet" oder gar "islamisiert". Es ist nur Angst- und Panikmache-und Angst ist ja bekanntlich der schlimmste Ratgeber. Aber genau damit speisen Pegida und die rechtsradikale AFD ihre Anhängerschaft,

die ihnen bar jeglicher statistischer Kenntnisse willig folgt. Dies sollte übrigens auch ein Soziologieprofessor wissen sonst ist alles Geschwafel und er schüttet nur Wasser auf deren Mühlen.

Natürlich setzen diese Maßnahmen voraus, dass man eine intelligente Verteilung innerhalb der einzelnen Länder und Kommunen vornimmt und keine Massenunterkünfte schafft.

Abschließend eine kleine historische Replik: In den 90er Jahren hat unsere Regierung mit "Einreisepremien" mehr als zwei Millionen Russlanddeutsche ins Land gelockt. Da hat sich kaum jemand aufgeregt obwohl die genauso fremd waren, weil sie aus einem fremden Land mit eigener Kultur und anderer Sprache kamen. Von den Jungen verstand ja kaum einer deutsch. Aus den Fehlern, die man damals vor 20 Jahren machte sollte man eigentlich lernen: ich weiß aus eigenen Recherchen und Berichten von Lehrern, dass viele dieser Kinder und Jugendlichen Akkulturations-Probleme in die Schule mitbrachten, dass sie aggressiver waren als Einheimische und dass der Sonderschulanteil wesentlich höher war (übrigens bei annähernd gleicher Intelligenz wie die "eingeborenen" Kinder.)

Mit ein Hauptgrund für diese Probleme war die sehr häufige Unterbringung in rasch erstellten sog. "Trabantenstädten" (typisches Beispiel Crailsheim im Hohenlohischen-BW wo man bei 30.000 Einwohnern eine Trabantenstadt für 5000 Menschen schuf. Vom Schulleiter aus der dortigen Förderschule weiß ich, dass die zuhause meist russisch sprachen und deutsch nur unter großen Schwierigkeiten zu vermitteln war. Außerdem waren sie überdurchschnittlich gewalttätig und ältere sogar häufiger kriminell).

Ich selbst habe mal in einer meiner Nutzungsbefragungen festgestellt, dass der Gewaltmedienkonsum wesentlich höher war.

Dies vermute ich übrigens auch bei den Maghreb-Einwanderern.

Rudolf Weiß, 2.2.16

Interessante Zusatzinfo:

http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_76857796/afd-breitet-sich-aus-haben-laengst-problem-mit-radikalen-christen-.html

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bernd-lucke-wirft-afd-haessliche-politik-vor-a-1075172.html>